Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Bilaterale Unterstützungsleistungen der Bundesregierung für die Ukraine und Menschen aus der Ukraine

Stand: 30.09.2026

Die Bundesregierung hat seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24.02.2022 bilaterale zivile Unterstützung für die Ukraine in Höhe von über 45,7 Milliarden Euro geleistet und militärische Unterstützung in Höhe von rund 57,8 Milliarden Euro geleistet bzw. für die kommenden Jahre bereitgestellt.

Diese Übersicht umfasst Unterstützungsleistungen seitens der Bundesregierung zum Stichtag 30.09.2026. Deutsche Leistungen, die die Ukraine im Rahmen des regulären deutschen Mitgliedsbeitrags an internationale Organisationen wie die EU, den Europarat und die OSZE unterstützen, sind in dieser Übersicht nicht erfasst. Dies gilt auch für Ausgaben der Bundesländer und Kommunen v.a. für die Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine sowie Unterstützungsleistungen von privaten Initiativen und Unternehmen.

In der zivilen Gesamtsumme sind Eventualverbindlichkeiten (Garantien, Bürgschaften) in Höhe von ca. 1,4 Milliarden Euro enthalten, die sich aus der Absicherung deutscher Exporte und Investitionen deutscher Unternehmen in der Ukraine ergeben.

Der Betrag der militärischen Unterstützung wird v.a. durch das Bundesministerium für Verteidigung geleistet. Dieser Beitrag umfasst neben Haushaltsmitteln für militärische Unterstützungsleistungen an die Ukraine, inkl. eingeplanter Mittel für die Folgejahre, auch den Wert von Materialabgaben aus Bundeswehrbeständen an die Ukraine sowie Kosten (im betriebswirtschaftlichen Sinn) für die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten und die Unterstützung der Ukraine.

1 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – 936,52 Mio. €

- Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) unterstützt die Ukraine auf vielfältige Weise. Ein Schwerpunkt der direkten Unterstützung ist der Energiebereich. Die Unterstützung erfolgt insb. im Rahmen der DEU-UKR Energiepartnerschaft. Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) leistet das BMWE einen Beitrag zum „Ukraine Energy Support Fund“ der Europäischen Energiegemeinschaft. Beiträge dieses Fonds finanzieren Reparatur- und Erhaltungsmaßnahmen an der Energieinfrastruktur der Ukraine. In Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft organisiert die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des BMWE eine Spendenkampagne für den ukrainischen Energiesektor. Zwecks nachhaltiger Resilienzbildung im ukrainischen Energiesektor, beteiligt sich das BMWE zudem über die KfW i.H.v. 45 Mio. EUR am neu gegründeten Garantiefonds RAMP-UP der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Das Instrument soll Investitionen in den Erneuerbaren Energiesektor in der Ukraine anreizen. Außerdem wird der Strukturwandel in den ukrainischen Kohleregionen unterstützt. Die Nothilfemaßnahmen für den ukrainischen Energiesektor werden im Rahmen der von Bundesministerin Reiche im Oktober 2025 gegründeten Taskforce „Energieunterstützung Ukraine“ optimiert und beschleunigt.
- Hervorzuheben ist auch die Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft in der Breite sowie die an der Ukraine interessierte bzw. bereits vor Ort tätige deutsche Wirtschaft. Das BMWE ist sehr daran interessiert, den Handel und die Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine trotz der Kriegssituation aufrechtzuerhalten und auszubauen. Beispielsweise ermöglicht das BMWE mit seinen Außenwirtschaftsinstrumenten deutschen Unternehmen weiterhin das Engagement in der Ukraine. So können deutsche Exporte in die Ukraine und Investitionen deutscher Unternehmen vor Ort über Export- sowie Investitionsgarantien abgesichert werden. In Kyjiw ist eine deutsch-ukrainische Industrie und Handelskammer aktiv und Germany Trade and Invest (GTAI) bietet deutschen Unternehmen im Auftrag des BMWE über den sog. „Business Guide für die Ukraine“ ein umfassendes Informationsangebot zu den diversen Unterstützungsmaßnahmen. Zudem hat das BMWE zusammen mit der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH im Dezember 2025 ein Finanzierungsinstrument auf den Weg gebracht, welches an Unternehmen attraktive Darlehen für Investitionen in der Ukraine vergibt. Die Maßnahme läuft unter dem Namen „UkraineConnect“ und hatte ein Startvolumen von 45 Mio. EUR. Eine Aufstockung um rund 38 Mio. EUR erfolgte im Juni 2026.
- Daneben unterstützt das BMWE die Ukraine auch im Rahmen von bilateralen Verwaltungspartnerschaften beim institutionellen Wiederaufbau und der Annäherung an die EU. Die Ukraine ist außerdem Zielland des German Economic Teams, eines BMWE-finanzierten Programms für hochrangige Regierungsberatung.

2 Bundesministerium der Finanzen – 8,39 Mrd. €

- Schwerpunkt der Leistungen im Bereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) ist die finanzielle und logistische Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine. Der Bund unterstützt seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bei dieser Länderaufgabe mit pauschalen Entlastungsbeiträgen und im Rahmen der mietzinsfreien Überlassung von Bundesliegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Unterkünfte.
- Hinzu kommen finanzielle Hilfen, die die staatliche Handlungsfähigkeit der Ukraine gewährleisten. Dazu gehören etwa Zuschüsse zu einem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Ukraine verwalteten Konto und ein zeitlich befristetes Schuldenmoratorium.
- Im Rahmen seiner Verantwortung für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts unterstützt das BMF über die Jewish Claims Conference (JCC) auch die Holocaust-Überlebenden in der Ukraine. In diesem Zusammenhang wurde mit der JCC eine Vereinbarung getroffen, um beispielsweise Evakuierungskosten von Holocaust-Überlebenden finanzieren zu können.
- Die Generalzolldirektion (GZD) im Geschäftsbereich des BMF unterstützt den Staatlichen Zolldienst der Ukraine sowie die European Union Advisory Mission Ukraine (EUAM) fortlaufend mit zollfachlichen Workshops und Trainingsmaßnahmen (virtuell und an deutschen Zolldienststellen). Darüber hinaus unterstützt die GZD den Staatlichen Zolldienst, den Staatlichen Grenzdienst, sowie die Polizei der Ukraine mit Materialen wie ausgesonderten Dienstkraftfahrzeugen, Notebooks, Smartphones, Röntgengeräten und Dienstkleidung.

3 Bundesministerium des Innern – 1,48 Mrd. €

- Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens hat Deutschland, koordiniert durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), mehrere hundert Hilfstransporte für die Ukraine durchgeführt. Schwerpunktbereiche sind dabei medizinisches Material und Medikamente, Bauwesen, Brandbekämpfung, Energiesektor und chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahrenabwehr.
- Seit Beginn des russischen Angriffskrieges unterstützen Technisches Hilfswerk (THW), Bundeskriminalamt (BKA) und Bundespolizei (BPOL) ukrainische Partnerbehörden.
- In Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt (AA) beschafft das THW auf der Grundlage der seitens der Ukraine über das EU-Katastrophenschutzverfahren sowie bilateral geltend gemachten Unterstützungsbedarfe Unterkunftsmaterial, leistungsstarke Generatoren, Ausrüstung für Rettungskräfte, (Spezial-)Fahrzeuge, Werkzeug, Baumaschinen und anderes schweres Gerät.
- Die seit 2025 ausschließlich mit AA-Mitteln zur Verfügung gestellten Sach- und Hilfsgüter werden direkt in die Ukraine transportiert und den jeweiligen Bedarfsträgern übergeben. Das THW unterstützt dabei staatliche Akteure, wie z.B. den Zivil- und Katastrophenschutz, den Grenzschutz, das staatliche Wasserwirtschaftsamt, die zivil-militärischen Verwaltungen der frontnahen Regionen (Oblaste), sowie Städte und Gemeinden. Ein Fokus der Hilfsgüterlieferungen liegt derzeit auf der Unterstützung der frontnahen Oblaste im Bereich der Instandsetzung von zerstörter (Energie-)Infrastruktur und der Daseinsvorsorge.

- Daneben werden im Haushaltsjahr 2026 durch das THW auch strukturelle Maßnahmen zur Stärkung des kommunalen Notfallmanagements weitergeführt. In enger Abstimmung mit dem State Emergency Service of Ukraine wurde eine standardisierte Ausstattungskonzeption für die Einrichtung und den Betrieb von kommunalen Rettungsstationen entwickelt und zunächst vier Pilotstationen mit Fahrzeugen und Gerät ausgestattet. Darüber hinaus erfolgte ein Praxistraining für 12 ukrainische Rettungskräfte am THW-Ausbildungszentrum Hoya. Im laufenden Haushaltsjahr werden bis zu sechs neue Rettungsstationen ausgestattet und weitere Einsatzkräfte geschult.
- Die Bundespolizei unterstützt mit umfangreicher Ausstattungshilfe den Staatlichen Grenzdienst der Ukraine. In enger Abstimmung mit den ukrainischen Partnern lag der Schwerpunkt zuletzt auf der systematischen und nachhaltigen Stärkung des Staatlichen Grenzdienstes der Ukraine insbesondere im Bereich der Grenzaufklärung aber auch im Bereich weiterer Führungs- und Einsatzmittel von herausgehobener Bedeutung.
- Derzeit sind vier Polizeivollzugsbeamte in der EU Advisory Mission (EUAM) Ukraine eingesetzt, unter anderem auf Führungsebene als Leiter im Bereich strategischer Reform sowie zur Unterstützung bei der Aufklärung internationaler Verbrechen (Kriegsverbrechen).
- Das BKA unterstützt ukrainische Partnerbehörden durch Materiallieferungen zur Unterstützung der forensischen Arbeit, Spurensicherung und Dokumentation sowie durch die Lieferung von Entschärfungsausrüstung, Kfz, Software, Batteriespeichern zur Notstromversorgung und anderen Führungs- und Einsatzmitteln. Des Weiteren wurden Partnerdienststellen durch in Deutschland durchgeführte Maßnahmen der Ausbildungshilfe in den Bereichen Personenschutz, Cybercrime- und Terrorismusbekämpfung unterstützt. Neben Haushaltsmitteln des Bundesministeriums des Innern (BMI) wurden dazu auch Haushaltsmittel des AA zur Verfügung gestellt. Zu Gunsten der Nationalpolizei der Ukraine werden über zwei Jahre Maßnahmen in den Bereichen Cybercrime und Digitalforensik/KT umgesetzt. Beispielhaft zu nennen sind hier Hard- und Softwarebeschaffungen, Teilnahmen an Workshops, Konferenzen und Lehrgängen.
- Die Angebote des BMI und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) umfassen Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE), Erstorientierungskurse sowie die sogenannten „MiA-Kurse“ (Migrantinnen einfach stark im Alltag, ein Angebot für Frauen). In den Jahren 2022, 2023 und 2024 stammten die meisten Teilnehmenden im Integrationskurs aus der Ukraine. Zwischen Februar 2022 und März 2026 begannen über 620.000 Geflüchtete aus der Ukraine einen Integrationskurs. Über 20 % der Beratungsfälle in der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) stammten im Jahr 2025 aus der Ukraine. Diese stellte damit das größte Herkunftsland in der MBE dar. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) hat viele ehrenamtliche Projekte zur Hilfe von Geflüchteten aus der Ukraine finanziert sowie u.a. zu Möglichkeiten für Engagement, Spenden, Unterkunft oder psychologischer Unterstützung informiert und beraten.
- Seit 2025 finanziert das BAMF die Miet-, Umbau-, Neben- und Betriebskosten des „Unity Hub“ UKR in Berlin.

4 Auswärtiges Amt – 3,44 Mrd. €

- Das Auswärtige Amt (AA) sorgt mit humanitären Hilfsleistungen dafür, dass hunderttausende Menschen, die in der Ukraine von den Zerstörungen des Krieges am stärksten betroffen sind, schnell und zuverlässig Hilfe mit dem Allernötigsten erhalten: medizinische Versorgung, Lebensmittel, Unterkunft, Wasser, Strom und Heizung.
- Da Russland gezielt die zivile Energieinfrastruktur der Ukraine angreift, leistet das AA verstärkt Energienothilfe, damit Strom, Heizung und Wasserversorgung weiter für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Gemeinsam mit Partnerländern und weiteren Ministerien stellt das AA u.a. Turbinen und Generatoren für die Stromerzeugung und Ersatzanlagen für die Energieinfrastruktur zur Verfügung oder finanziert deren Beschaffung. Über Einzahlungen in den Ukraine Energy Support Fund wird die Energieversorgung der Ukraine gestärkt. Das AA engagiert sich auch im Bereich des physischen Schutzes von Kernkraftwerken und unterstützt die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) bei der Entsendung von Expertinnen und Experten.
- Besonders gefährlich für die Zivilbevölkerung in der Ukraine sind – neben den fortlaufenden russischen Angriffen – die großflächig verstreuten Blindgänger und Minen. Neben dem Räumen und der Kartographierung der erkannten Minen und Blindgänger ermöglicht das Auswärtige Amt Informationskampagnen, in denen die Menschen darüber aufgeklärt werden, wie sie am besten mit der täglichen Bedrohung umgehen. Zudem unterstützt das Auswärtige Amt Minenopfer, z.B. durch Prothesen und psychosoziale Unterstützung.
- Im Rahmen seines Engagements für Stabilisierung stärkt das AA , das Durchhaltevermögen und die Handlungsfähigkeit des ukrainischen Staates. Dies geschieht u.a.: durch die Lieferung dringender Bedarfsgüter, z.B. (Spezial-)Fahrzeuge, Generatoren oder Schutzausrüstung. Außerdem fördern Stabilisierungsprojekte die Aufklärung und Dokumentation sowie die Strafverfolgung von russischen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Darüber hinaus unterstützt das AA im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung die zivilen Sicherheitskräfte (insb. Grenzschutz, Nationalgarde, Polizei, Zivilschutz, Strafvollzugsdienst) bei ihren Aufgaben im Rahmen der Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und trägt so insb. zum Schutz der Zivilbevölkerung bei.
- Das AA fördert zudem die engagierte ukrainische Zivilgesellschaft, die ein wesentlicher Faktor für den sozialen Zusammenhalt ist. Dabei unterstützt das AA insbesondere im Krieg besonders betroffene und geforderte Frauen sowie Veteraninnen und Veteranen, deren Reintegration in die Gesellschaft gezielter Unterstützung bedarf. Außerdem unterstützt das AA die Reformbemühungen der Ukraine zur Stärkung des Rechtsstaats, so etwa durch Maßnahmen zur Fortentwicklung des ukrainischen Justizsystems, und begleitet den EU-Beitrittsprozess, bspw. durch Etablierung einer Expertenplattform und Förderung des Kapazitätsaufbaus in ukrainischen Institutionen.
- Über das Zentrum für Internationale Friedeneinsätze (ZIF) unterstützt das AA u.a. die Entsendung von Sekundierten zur EUAM Ukraine, zum Ukraine-Schadensregister und zum Internationalen Strafgerichtshof.
- Über Einzahlungen in den Aktionsplan Ukraine (2023-2026) des Europarates leistet das AA einen Beitrag zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit und Dezentralisierung in der Ukraine. Durch den Beitrag sollen insbesondere rechtsstaatliche und unabhängige Anti-Korruptions-Institutionen gestärkt und Maßnahmen gegen (Wirtschafts-)Kriminalität gefördert werden.

- Eine wichtige Rolle für die Verteidigung der Ukraine spielt der Cyberraum. Das AA stellt Satellitenkommunikation im Rahmen des Talinn-Mechanismus zur zivilen Cyber-Unterstützung der Ukraine bereit und fördert Maßnahmen des Cyber Capacity Building zum Aufbau resilienter Institutionen und dem Schutz kritischer Infrastruktur. Zudem wird die Ukraine bei der Stärkung ihrer Fähigkeiten zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels und der Proliferation von Klein- und Leichtwaffen unterstützt.
- Das AA unterstützt auch die ukrainische Kultur- und Medienlandschaft, die von Russland gezielt angegriffen wird. Dazu zählen Schutz- und Sonderprogramme für Kulturschaffende, Wissenschaftler und Studierende sowie der Schutz von Kulturgütern, Bauwerken, Museen, Sammlungen, Archiven und Bibliotheken. Im Rahmen der Hannah-Arendt-Initiative unterstützt das AA ukrainische Medienschaffende, damit diese weiterhin – auch aus von Kampfhandlungen betroffenen Gebieten – berichten können. Für 2027/2028 plant Deutschland mit der Ukraine eine bilaterale Kultursaison. Die politische Steuerung auf deutscher Seite liegt beim Auswärtigen Amt.

5 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – 0,91 Mio. €

- Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat vor dem Hintergrund des laufenden EU-Beitrittsverfahrens die Rechtsstaatsförderung der Ukraine ausgeweitet. Dies erfolgt mit Unterstützung durch die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) in Form von Beratungen, gemeinsamen Fachkonferenzen und Studienreisen. Grundlage hierfür ist das zwischen dem Justizministerium der Ukraine und dem BMJV am 26. Juni 2026 geschlossene Arbeitsprogramm 2026-2028. Gegenstand des Arbeitsprogramms ist insbesondere die weitere Unterstützung der Ukraine auf dem Weg in die EU durch Anpassung ihres nationalen Rechtsrahmens an die EU-Beitrittsanforderungen, darüber hinaus steht das Thema Korruptionsbekämpfung sowie die rechtliche Zusammenarbeit in Strafsachen im Fokus der Zusammenarbeit.
- Das BMJV hat 2022 ein Treffen der G7-Justizminister zum Thema „Erfahrungen der G7-Länder bei der Strafverfolgung der Kernverbrechen des Völkerstrafrechts und Möglichkeiten zur Verbesserung der Koordinierung, insbesondere im Hinblick auf die Kriegsverbrechen in der Ukraine“ organisiert. Weiterhin wurde 2024 eine internationale Konferenz zum Völkerstrafrecht in Berlin abgehalten.
- Beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wurden neue Planstellen zur Einrichtung von zwei neuen Referaten in der Abteilung Terrorismus und der Abteilung für Zentrale Aufgaben, Spionage, Völkerstrafrecht für Ermittlungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geschaffen.
- Das BMJV stellt auf seiner Internetseite Informationsmaterial für Ukrainerinnen und Ukrainer in ukrainischer Sprache zur Verfügung, u.a. die Merkblätter für Opfer einer Straftat oder zu Vorsorgevollmachten.
- Im BMJV fand im Februar 2026 ein von der IRZ zusammen mit dem United Nations Team of

Experts und EUAM Ukraine organisierter Fachaustausch mit ukrainischen Vertreterinnen und Vertretern von Strafverfolgungsbehörden zum Thema „Stärkung innerstaatlicher Ermittlungen und Verfolgung konfliktbezogener sexueller Gewalt“ statt.

6 Bundesministerium für Arbeit und Soziales – 29,16 Mrd. €

- Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ermöglicht Zugang zu den Mindestsicherungsleistungen für ukrainische Geflüchtete aus der Ukraine: Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland fliehen, erhalten bei Bedarf staatliche Unterstützung.
- Erwerbsfähige Personen und die mit ihnen zusammenlebenden Menschen erhalten Leistungen nach dem SGB II, wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenem Einkommen oder Vermögen decken können. Dazu gehört der sogenannte Regelbedarf, von dem u.a. Lebensmittel, Strom oder Kleidung finanziert werden müssen. Außerdem werden die Kosten für die Unterkunft und Heizkosten bis zu einer angemessenen Höhe übernommen. Darüber hinaus kann es Ansprüche für sogenannte Mehrbedarfe geben, zum Beispiel bei einer Schwangerschaft. Junge Menschen erhalten darüber hinaus Leistungen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.
- Außerdem werden die Geflüchteten wie alle anderen SGB II-Beziehenden durch die Jobcenter bei der Arbeitssuche unterstützt und mit Deutschsprachkursen, Weiterbildungen und anderen arbeitsmarktpolitischen Eingliederungsleistungen gefördert. Wer wegen einer Krankheit nicht arbeiten kann oder altersbedingt bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist, erhält finanzielle Unterstützung durch Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe. Diese umfasst die gleichen Leistungen zum Lebensbedarf wie die SGB II-Leistungen, sowie gegebenenfalls weitere Unterstützung.
- Am 19.11.2025 wurde vom Bundeskabinett beschlossen, dass Geflüchtete aus der Ukraine, die ab dem 01.04.2025 nach Deutschland eingereist sind, zukünftig bei Hilfebedürftigkeit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten werden. Mit Übergangsregelungen soll der Wechsel möglichst bürokratiearm erfolgen. Eine rückwirkende Verrechnung von Leistungen ist nicht vorgesehen. Für die Geflüchteten aus der Ukraine besteht weiterhin sofortiger Zugang zum Arbeitsmarkt. Bei Bedarf stehen die Agenturen für Arbeit bei der Arbeitsmarktintegration unterstützend zur Verfügung. Das Gesetz befindet sich noch im parlamentarischen Verfahren.

7 Bundesministerium der Verteidigung

- Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) unterstützt die Ukraine in ihrer Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg im Kernbereich des Militärs. Dies umfasst direkte Abgaben aus der Bundeswehr, Finanzierung von Waffensystemen und Wehrmaterial aus der Industrie sowie die militärische Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten und die Unterstützung beim

langfristigen Fähigkeitsaufbau. Bei all diesen Vorhaben findet stets ein enger und vertrauensvoller Austausch mit den ukrainischen Streitkräften statt. Der ukrainische Bedarf ist hierbei handlungsleitend.

- Deutschland ist seit 2022 größter militärischer Unterstützer der Ukraine in Europa. Die Koordinierung der militärischen Unterstützung erfolgt regelmäßig in der Ukraine Defence Contact Group (sog. Ramstein-Format). Mehr als 50 Staaten und Organisationen beteiligen sich hier inzwischen und stimmen sich in engem Schulterschluss ab. Seit April 2025 leitet Deutschland gemeinsam mit Großbritannien das Format.
- Eines der beiden Kommandos der EU-Ausbildungsunterstützungsmission EUMAM Ukraine (European Union Military Assistance Mission Ukraine) befindet sich in Deutschland und wird durch einen deutschen Zwei-Sterne-General geführt. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurden in Deutschland fast 30.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten ausgebildet.

8 Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat – 39,33 Mio. €

- Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) hat bereits eine Woche nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gemeinsam mit der deutschen Lebensmittelwirtschaft die ersten Hilfslieferungen für die ukrainische Bevölkerung ermöglicht: Über die German Food Bridge werden seither Lebensmittelspenden der deutschen Ernährungswirtschaft und anderen Spenderorganisationen in besonders vom Krieg betroffene Gebiete geliefert.
- Nachdem die ukrainischen Getreideexporte nach Kriegsbeginn aufgrund der Blockade des Schwarzen Meeres eingebrochen sind, hat das BMLEH die Ukraine bei der Wiederaufnahme ihrer Agrarexporte unterstützt: Über den Rapid Response Plan der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) wurde der Ausbau von Laborkapazitäten am Donauhafen von Ismajil unterstützt, um Exporte schneller abzufertigen. Zudem wurden mobile Silos zur Getreidelagerung beschafft.
- Das BMLEH unterstützt die ukrainische Ernährungs- und Landwirtschaft in vom Krieg besonders betroffenen Gebieten: Über den Rapid Response Plan der FAO wurden Tierarzneimittel und -Impfstoffe beschafft und verteilt. Zudem wurden Stromgeneratoren sowie Tierfutter und Saatgut an kleine und mittlere Betriebe verteilt. Über das Bilaterale Kooperationsprogramm (BKP) des BMLEH unterstützt das BMLEH die Ukraine über den Agrarpolitischen Dialog (APD) in strukturellen Fragen bei der EU-Annäherung des gesamten Sektors auf politischer und fachlicher Ebene. Seit Januar 2026 bearbeitet der APD zusätzlich in einem Schwerpunkt Fragen der Handelspolitik. Zudem läuft seit 2023 ein Projekt zur Eigenversorgung mit Lebensmitteln, Obst- und Gemüse initiiert, um den strukturellen und nachhaltigen Wiederaufbau der ukrainischen Lebensmittelerzeugung voranzubringen. Während der DEU-UKR Regierungskonsultationen im April 2026 wurde ein Ausbau der Zusammenarbeit im Forst-, Ernährungs- und Agrarsektor vereinbart. So unterstützt das BMLEH bspw. ab Juli 2026 ukrainische Behörden beim Kapazitätsaufbau in den Bereichen

Lebensmittelsicherheit und Risikomanagement im Rahmen einer bilateralen Verwaltungspartnerschaft.

- Das BMLEH unterstützt die Kapazitätsentwicklung der ukrainischen Forstwirtschaft im Bereich der nachhaltigen Waldbewirtschaftung als Reaktion auf die durch den Krieg gestiegene Holznachfrage.

9 Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend – 35,38 Mio. €

- Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) unterstützt geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer mit einer Reihe von Maßnahmen, die einerseits die Ankunft in Deutschland erleichtern und andererseits die gesellschaftliche Integration ermöglichen sollen. Bei den Maßnahmen kann das BMBFSFJ auf seine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege sowie den zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Strukturen aufbauen.
- Die Unterstützung umfasst dabei Maßnahmen, die Geflüchteten helfen, im Alltag und in schwierigen Lebenssituationen zurechtzukommen, wie das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“. Mit den Mehrgenerationenhäusern fördert das BMBFSFJ die gesellschaftliche Integration von Ukrainerinnen und Ukrainern aller Generationen. Bildungsangebote, wie z. B. die Jugendmigrationsdienste oder den Garantiefonds Hochschule, der mit seinen Maßnahmen die Aufnahme bzw. Fortführung eines Studiums ermöglicht. Mit der „SOS-Meldestelle ukrainische Waisenhäuser und Kinderheime“ wurde zwischenzeitlich (bis Jahresende 2025) eine Anlauflaufstelle für Einrichtungen, Organisationen und Privatpersonen geschaffen, die die Aufnahme evakuierter Heim- und Waisenkinder aus der Ukraine organisieren. Der Bund organisiert im Bedarfsfall die Koordinierung der Aufnahme evakuierter Waisenhäuser und Kinderheime aus der Ukraine durch eine zentrale Anlaufstelle im Bundesverwaltungsamt und weist evakuierte Fluchtverbände zur Aufnahme an die Bundesländer zu. Seit dem 01.11.2025 unterstützt das BMBFSFJ nach Deutschland geflüchtete Menschen auch im Bereich der Bildung (außer Hochschulen). Geflüchtete Menschen sollen durch bestmögliche Bildungschancen eine Perspektive erhalten. Dazu gehören z.B. Angebote zum Erlernen deutscher Sprache des vhs-Lernportals. Im Bereich der beruflichen Bildung hilft der BerufeNavi bei der beruflichen Orientierung, die KAUSA-Landesstellen und das BOFplus-Programm (Berufliche Orientierung für Personen mit Flucht und Migrationserfahrung) leisten Unterstützung auf dem Weg in eine Ausbildung.
- Auch besonders vulnerable Gruppen werden zusätzlich gestärkt, z.B. mit der Förderung der Bundeskoordinierungsstelle für gehörlose geflüchtete Kinder, Jugendliche und Familien aus der Ukraine.

10 Bundesministerium für Gesundheit – 142,49 Mio. €

- Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) leistet seit Beginn des russischen Angriffskrieges wesentliche Unterstützung bei der medizinischen Versorgung der Menschen in der Ukraine

sowie von Geflüchteten aus der Ukraine.

- Das BMG unterstützt die Ukraine zum einen durch die Spende medizinischer Hilfsgüter und die Koordinierung von Sachspenden. Zum anderen fördert und unterstützt das BMG bilateraler Projekte zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Ukraine (zum Teil gemeinsam mit dem AA und dem BMZ). Hierzu zählen Maßnahmen im Bereich Telemedizin, Prothetik und rehabilitative Versorgungsstruktur, die Koordinierung von Wissenstransfer und Netzwerkbildung, Stärkung der Kapazitäten der Emergency Medical Teams (EMT) sowie spezialisierte Projekte im Bereich der mentalen Gesundheit und Kindergesundheit.
- Das BMG unterstützt bei der Evakuierung von Kranken und Verletzen aus der Ukraine über den Kleeblattmechanismus, sowie von verschiedenen vulnerablen Gruppen. Ukrainische Patientinnen und Patienten werden in deutschen Krankenhäusern medizinisch versorgt sowie bei der Rückkehr unterstützt.

11 Bundesministerium für Verkehr – 69,11 Mio. €

- Das Bundesministerium für Verkehr (BMV) leistet seit Beginn des russischen Angriffskrieges Hilfe für die Ukraine. Im Bereich digitale Infrastruktur unterstützt das BMV gemeinsam mit europäischen Partnern die Ukraine mit der Lieferung von IT-Ausrüstungsgegenständen zur Stärkung der digitalen Resilienz und Transformation und zur Aufrechterhaltung des Betriebs der digitalen Infrastrukturen.
- Im Bereich Luftverkehr stehen Leistungen zum Ausgleich der Einnahmeausfälle der Flugsicherungsorganisationen der Ukraine und zur Sicherstellung einer zügigen Wiederaufnahme des zivilen Luftverkehrs nach Kriegsende im Mittelpunkt. Diese Mittel werden im European ATM Voluntary Solidarity Fund, durch EUROCONTROL verwaltet, zur Auszahlung bereitgestellt. Zudem beteiligt sich das BMV an der Übernahme der ursprünglich von der Ukraine zu leistenden EUROCONTROL-Mitgliedsbeiträge. Mittelbare Unterstützung erfolgt über die Europäische Zivilluftfahrt-Konferenz (ECAC): Ukraine-Mitgliedsbeiträge an ECAC bzw. an die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO werden gemeinschaftlich aus dem ECAC-Sondervermögen beglichen.
- Im Bereich Straßenverkehr hilft das BMV vor allem durch die Betreuung des Güterkraftverkehrsabkommens zwischen der EU und der Ukraine, durch die Anerkennung ukrainischer Führerscheine für die Dauer des Schutzstatus, die Mautbefreiung für humanitäre Transporte sowie im Zeitraum Februar 2022 – April 2023- die Beförderung ankommender Geflüchteter auf Straße und Schiene (inkl. Sondertransporte, wie medizinische Transporte, etc.).

12 Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit – 69,47 Mio. €

- Das Bundesumweltministerium engagiert sich seit vielen Jahren in der Zusammenarbeit mit der Ukraine. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs und vor dem Hintergrund des EU-

Beitrittsprozesses konzentriert sich die Unterstützung auf drei Kernbereiche: 1. die Stärkung von Resilienz und grüner Transformation durch die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbare Energien, 2. die Unterstützung eines grünen Wiederaufbaus nach dem Prinzip „Build Forward Better“ unter Berücksichtigung der Anforderungen des EU-Acquis sowie 3. Schutz von Natur und Biodiversität. Zudem wird die bestehende Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit fortgesetzt. Die bilaterale Zusammenarbeit ist gestützt durch eine Vielzahl an projektbezogener Kooperationsstrukturen, vor allem im Rahmen Deutschlands internationaler Klimaschutzinitiative (IKI).

- Über die IKI werden beispielsweise Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien und deren Speicherung in öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser gefördert. Somit wird sowohl zur grünen Transformation als auch zur Energieresilienz der Ukraine beigetragen.
- Die IKI fördert zudem das Ukraine Climate Office (UCO) und die Umweltplattform für den grünen Wiederaufbau, welche die ukrainische Regierung in ihren Bemühungen unterstützen, den Umwelt- und Klimaschutz im Wiederaufbauprozess mit Blick auf EU-Beitritt zu verankern. Außerdem wird die Ukraine bei der Umsetzung des Übereinkommens von Paris zur Stärkung der Klima-Governance, bei der Einführung eines Emissionshandelssystems (ETS), bei der Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie sowie bei Anpassungsmaßnahmen in der Schwarzmeerregion unterstützt.
- Darüber hinaus werden im Rahmen des Beratungshilfeprogramms (BHP) kleinere Maßnahmen in den Bereichen Umweltplanung, Naturschutz und nachhaltiges Bauen gefördert. Das BMUKN arbeitet mit der UKR auch im Bereich der nuklearen Sicherheit zusammen. Bei letzterer ist insb. die Unterstützung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), für die Expertenmissionen vor Ort und die durch die IAEO erbrachten Unterstützungsleistungen an die UKR (Ausrüstung) als ein essentieller Beitrag zur Sicherstellung der nuklearen Sicherheit, hervorzuheben. Auch plant BMUKN, die Reparatur des Anfang 2025 stark beschädigten Neuen Sicheren Einschlusses (New Safe Confinement – NSC) über den Sarkophag des 1986 havarierten Kernkraftwerks Tschernobyls zu unterstützen.

13 Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt – 183,08 Mio. €

- Das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) unterstützt die Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs: Seit Februar 2022 bis planmäßig 2029 wird das BMFTR für die Ukraine-Kooperation Mittel in Höhe von über 110 Mio. EUR bereitstellen. Dabei wird neben einer Abfederung von Kriegsfolgen, wie Unterstützung geflüchteter Forschender und Studierender, insbesondere der langfristige Wiederaufbau in den Blick genommen. Ziel ist es, gemeinsam mit Partnern auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Perspektiven für eine zukunftsgerichtete und resiliente Ukraine zu schaffen. Dazu gehört, die Zusammenarbeit in Forschung und Innovation auszubauen, wissenschaftliche Potenziale vor Ort zu stärken, Reformen im Wissenschafts- und Innovationssystem zu unterstützen sowie die Ukraine stärker in den Europäischen Forschungsraum zu integrieren.

- Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollen eine Perspektive durch bestmögliche Bildungschancen erhalten. Dazu gehört etwa die Öffnung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BaföG).
- Seit Juli 2025 fördert das BMFTR den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) für den Aufbau eines Deutsch-Ukrainischen Hochschulnetzwerks. Das Programm hat eine Laufzeit bis Mitte 2029 und ein Gesamtvolumen von 24 Mio. EUR. Es knüpft u.a. an das Programm Ukraine digital an (ausgelaufen im Juni 2025) und hat den nachhaltigen Ausbau deutsch-ukrainischer Hochschulkooperationen zum Ziel.
- Das Programm umfasst Maßnahmen wie die Etablierung gemeinsamer Studiengänge, die Entwicklung gemeinsamer – auch digitaler Lehr- und Lernmodule, die Förderung von Studien- und Forschungsaufenthalten, gemeinsame Veranstaltungen zur wissenschaftlichen Vermittlung wie Sommerschulen, zudem Austausch und Fortbildungen für Hochschulmitarbeitende in den Bereichen Hochschulmanagement und Internationalisierung sowie Vernetzungsangebote.
- Die Ukraine wird zudem beim Wiederaufbau sowie Reformen ihres Wissenschafts- und Innovationssystems unterstützt. Ein wichtiger Baustein ist die Einrichtung vier deutsch-ukrainischer Exzellenzkerne, um wissenschaftliche Potentiale vor Ort zu stärken. Diese werden mit Maßnahmen zur Integration in den Europäischen Forschungsraum flankiert. Die Forschungszusammenarbeit wird zudem in bilateralen Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie themenspezifischen Einzelvorhaben (z. B. Green Deal Ukraina) in Bereichen wie Energie, Klima, Gesundheit zukunftsorientiert ausgebaut.

14 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – 2,47 Mrd. €

- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stärkt mit seiner Arbeit die Widerstandskraft der Ukraine. Es unterstützt dabei, die Folgen des Krieges abzufedern und gemeinsam den Wiederaufbau zu gestalten. Dabei fokussiert sich das BMZ auf vier Bereiche: lokale Wirtschaftsförderung, kommunalen Wiederaufbau, Energiesicherheit und die Abfederung der sozialen Auswirkungen des Krieges. Darüber hinaus berät das BMZ die ukrainische Regierung zu Reformen für den EU-Beitritt und unterstützt bei Anti-Korruptions- und Transparenzmaßnahmen.
- Wirtschaftsförderung: Dass die Ukraine im Krieg bestehen kann, hängt auch von einer funktionierenden Wirtschaft ab. Deswegen trägt das BMZ dazu bei, dass die ukrainische Wirtschaft weiterläuft, etwa durch Fachkräfteausbildung und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Zeitgleich setzt sich das BMZ dafür ein, dass deutsche Unternehmen am Wiederaufbau beteiligt werden. Außerdem hat das BMZ gemeinsam mit europäischen Partnern den European Flagship Fund for the Reconstruction of Ukraine initiiert, der private Mittel für großvolumige Wiederaufbauprojekte mobilisieren soll.
- Kommunaler Wiederaufbau: Schon seit vielen Jahren unterstützt das BMZ Reformen in der

Ukraine für Dezentralisierung und Verwaltungsmodernisierung und hilft beim Aufbau lokaler Kapazitäten, die für den Wiederaufbau z.B. bei der Stadtplanung oder Wiederherstellung von Wohnraum besonders wichtig sind. Dabei spielen gute Regierungsführung, Transparenz und Rechenschaftspflichten eine besondere Rolle. Zur Förderung von Kommunalpartnerschaften unterstützt das BMZ ein Netzwerk aus mittlerweile über 300 deutsch-ukrainischen Städte- und Gemeindepartnerschaften. Zusätzlich unterstützt es den ukrainischen Katastrophenschutz mit dringend benötigten Lösch- und Bergungssystemen und stärkt das kommunale Notfallmanagement. Die massiven russischen Angriffe zerstören kritische Infrastruktur und gefährden das Leben der Zivilbevölkerung. Ein gestärkter Katastrophenschutz ist daher ein zentraler Faktor, um Menschenleben zu retten und die kommunale Basisversorgung aufrechtzuerhalten.

- Soziale Abfederung: Der russische Angriffskrieg führt zu immer mehr Kriegsverletzten und Traumatisierten. Deshalb unterstützt das BMZ psychosoziale Rehabilitationsprogramme, den Aufbau von Prothesenwerkstätten für Kriegsverletzte sowie die Aufrechterhaltung der Behandlungskapazitäten in Krankenhäusern. Das BMZ unterstützt UNICEF und zivilgesellschaftliche Partner in der Ukraine dabei Kindern und Jugendlichen Schutz zu bieten und den Zugang zu grundlegender Versorgung wie Bildung, Gesundheit und sauberem Wasser sicherzustellen. Darüber hinaus setzt sich das BMZ für Binnenvertriebene ein, z.B. durch psychosoziale Unterstützung und Unterkünfte für aus den besetzten Gebieten Geflüchtete.
- Energieversorgung: Russland greift gezielt die Energieinfrastruktur der Ukraine an, um die Versorgung im Land zu lahmzulegen. Deswegen stärkt das BMZ das ukrainische Stromnetz, unterstützt dringend erforderliche Reparaturen der Energie- und Wärmeversorgung und fördert dezentrale und erneuerbare Energieerzeugung und -effizienz. Für den Winter 2026/2027 hat das BMZ zusätzliche Mittel für die dezentrale Energie- und Wärmeversorgung mobilisiert, mit denen schätzungsweise 1,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer kurzfristig Wärme und Strom erhalten können. Dies ergänzt die bereits installierten Strom- und Heizanlagen aus den vergangenen Wintern. Diese Unterstützung wirkt nicht nur kurzfristig bei Stromausfall, sondern modernisiert auch langfristig das ukrainische Energiesystem.
- Zusätzlich setzt sich das BMZ national wie international für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine ein. In Deutschland bringt die Plattform Wiederaufbau Ukraine alle Akteure zusammen, die sich für die Ukraine engagieren wollen. International setzt sich Deutschland über die Ukraine Donor Plattform für einen koordinierten Ansatz zur Unterstützung der Ukraine ein. Das BMZ nimmt für die Bundesregierung an dieser internationalen Koordinierung teil.

15 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen – 0,05 Mio. €

- Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) unterstützt die Ukraine fachlich, durch die Zusammenarbeit in den einzelnen Projekten auf nationaler und kommunaler Ebene. In der Ukraine werden die Kapazitäten für den Wiederaufbau und die Unterstützung im EU-Beitrittsprozess in den vom BMWSB verantwortlichen Bereichen

begleitet. Die Zusammenarbeit findet im Rahmen der folgenden Projekte statt:

- Von 2016 –2026 hat das BMWSB ein deutsch-ukrainisches Städtenetzwerk „Dialogues for Urban Change“ (D4UC) zum Erfahrungsaustausch über integrierte Stadtentwicklung, u.a. im Wiederaufbaukontext umgesetzt.
- Zur Schadensbewertung unbeweglicher Kulturgüter im Krieg hat das BMWSB die Ukraine mit konzeptionellen Überlegungen zum Wiederaufbau des Landes unterstützt. Ein Fokus lag dabei auf Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes.
- Im Rahmen der deutsch-ukrainischen Regierungskonsultationen wurde ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, welches die Zusammenarbeit beider Ministerien in den Bereichen sozialer Wohnungsbau, zukunftsorientierter Städtebau und integrierte Planung sowie serielles und modulares Bauen formal für die Zukunft festigt.
- BMWSB setzt insoweit nach und nach eine Reihe von Studienreisen für das ukrainische Fachministerium und ukrainische Kommunen um zu Themen des kommunalen Wohnungsbaus, der Wohnungspolitik, Stadtplanung, Städtebauförderung und Bürgerbeteiligung.

16 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien – 31,15 Mio. €

- Der Krieg in der Ukraine ist nicht nur ein Angriff auf die dort lebenden Menschen. Er richtet sich auch gegen die Demokratie, die Meinungs- und die Kunstfreiheit sowie die kulturelle Identität.
- Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien setzt sich daher weiterhin mit verschiedenen Maßnahmen dafür ein, die ukrainische Kultur, ihre Kreativszene wie auch Medienleute aus der Ukraine zu unterstützen.
- Seit Beginn des Krieges wurden rund 500 ukrainische Kultureinrichtungen und mehr als 1,5 Millionen Kulturobjekte zerstört. Zahlreiche Kultur- und Medienschaffende haben ihr Leben verloren. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) unterstützt Künstlerinnen und Künstler, Kreative und Medienleute aus der Ukraine seit Beginn des Krieges mit diversen Maßnahmen. Neben Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden konnten davon insbesondere auch Exilmedien profitieren. In mehreren Projekten wurden sie strukturell gefördert. Außerdem wurde das Angebot der Deutschen Welle für die Ukraine und Russland gestärkt. Einige dieser Initiativen laufen auch 2026 weiter z.B.:

    - Europäischer Solidaritätsfonds für den ukrainischen Film.
    - Kyiv-Biennale 2026 in Berlin.

Maßnahmen in Bezug auf Anrainerstaaten der Ukraine

Bundesministerium des Innern

- Unterstützung des Grenzschutzes von moldauischen Partnerbehörden (u.a. Fahrzeuge,

Urkundenprüfgeräte etc.) durch die Bundespolizei im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung. Seit 2022 Einsatz eines Verbindungsbeamten (VB BPOL) in Chişinău.

- Beteiligung an der jüngsten GSVP-Mission (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik), der European Union Partnership Mission (EUPM) in Moldau, um auf strategischer und operativer Ebene zur Resilienz des moldauischen Sicherheitssektors im Bereich Krisenmanagement und hybride Bedrohungen beizutragen (drei Polizeivollzugsbeamte des Bundes und der Länder).

Auswärtiges Amt

- Humanitäre Hilfe für notleidende Personen in der Ukraine und für ukrainische Geflüchtete in Anrainerstaaten (insb. in Moldau) über NGOs und internationale Organisationen.
- Demokratisierungs- und Stabilisierungshilfe in Anrainerstaaten.
- Ertüchtigung der Sicherheitsbehörden von Moldau u. a. durch Drohnen, Fahrzeuge und Wärmebildgeräte, Biometrieerkennung und Ausbildung.
- Schutz weiblicher Geflüchteter in Moldau.
- Sekundierung deutscher Expertinnen und Experten über das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Nachbarstaaten.
- Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Rahmen des ÖPR-Programms sowie Projekte der deutschen Zivilgesellschaft mit NGOs aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft.
- Projekte im Medien- und zivilgesellschaftlichen Bereich zur Erhöhung der Resilienz gegen russische Desinformation im Baltikum (Estland, Lettland, Litauen).
- Projekte im Medien- und zivilgesellschaftlichen Bereich zur Stärkung strategischer Kommunikation der Auslandsvertretungen im Baltikum (Estland, Lettland).
- Unterstützung der vom Krieg in der Ukraine und in den Nachbarländern bedrohten Journalistinnen und Journalisten sowie Stärkung des unabhängigen Journalismus in den Krisenregionen.
- Projekte im Bereich der Notdokumentation und –sicherung von Kulturgütern im Rahmen des KulturGutRetter-Projekts.
- Aufnahme in das Ausstattungshilfeprogramm der Bundesregierung für ausländische Streitkräfte (AH-P) für den Programmzeitraum 2025-2028; Umsetzung durch eine Beratergruppe der Bundeswehr (seit 01.10.2025 vor Ort).

Bundesministerium für Verkehr

- Leistungen zum Ausgleich der Einnahmeausfälle der Flugsicherungsorganisationen von Moldau in den Jahren 2022 bis 2024 sowie zinsfreie Darlehen zur Überbrückung der Einnahmeausfälle der Flugsicherungsorganisationen von Polen, Lettland und Estland.
- Polen, Lettland und Estland haben die erhaltenen zinsfreien Darlehen seit dem 01.01.2025 zurückgezahlt.

Bundesministerium für Gesundheit

- Spende von Beatmungsgeräten an Moldau aufgrund des erhöhten Bedarfs durch ukrainische Geflüchtete.
- Spende von Arzneimitteln an Slowakei aufgrund des erhöhten Bedarfs durch ukrainische Geflüchtete.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- Finanzielle Hilfen für Moldau seit Februar 2022, um die sozio-ökonomische Krise abzumildern, die Integration von Geflüchteten zu fördern und insb. Moldaus Weg in die EU zu unterstützen. So werden Verwaltungsreformen gefördert, Lebensperspektiven vor Ort geschaffen und die Energieeffizienz verbessert.